



---

# RECHTSETZUNGSLEHRE

06.01.2021

13:00 – 15:00 Uhr

---

## Allgemeine Hinweise

- Kontrollieren Sie bitte bei Erhalt der Prüfung die Anzahl der Aufgaben. Die Prüfung umfasst 5 Aufgaben und einen Multiple-Choice-Teil.
- Schreiben Sie Ihre Antworten direkt ins Dokument «Antwort\_Modulname\_xxxxxxx» und speichern Sie dieses mit Ihrer Matrikel-Nr. versehen lokal auf Ihrem Rechner ab.
- Schreiben Sie Ihre Matrikel-Nr. und Prüfungslaufnummer auf Seite 2 in die Kopfzeile.
- **Für die Abgabe (Upload) speichern Sie das Dokument versehen mit Ihrer Matrikel-Nr. gemäss Beispiel als PDF und laden Sie es hoch.**  
Beispiel: Antwort\_Strafrecht I\_17301002.pdf
- Nehmen Sie sich für die Abgabe genügend Zeit (mindestens 5 min). Nach Ablauf der Prüfungszeit kann nichts mehr hochgeladen werden.
- Sie sind selbst dafür verantwortlich, die Prüfung rechtzeitig hochzuladen. Sie werden nicht darauf aufmerksam gemacht.

## Hinweise zur Aufgabenlösung

Gedankenführung, Argumentation und Sprache werden ebenfalls bewertet, gesamthaft und im gleichen Umfang wie eine einzelne Aufgabe.

## Hinweise zur Bewertung

Bei der Bewertung kommt den Aufgaben unterschiedliches Gewicht zu. Die Punkte verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Aufgaben

|  |            |
|--|------------|
| Aufgaben 1-5 (gleiche Gewichtung)          | 5/7        |
| Multiple Choice Aufgaben                   | 1/7        |
| Gedankenführung, Argumentation und Sprache | 1/7        |
| <b>Total Gewichtung</b>                    | <b>7/7</b> |

---

Wir wünschen Ihnen viel Erfolg.

---

- 1) In einem kommunalen Erlass ist folgendes zu lesen:

Art. 31 (Inkrafttreten und Aufhebung bisherigen Rechts)

Die Bestimmungen der Personalverordnung treten nach erfolgter Genehmigung durch den Stadtrat mit sofortiger Wirkung in Kraft. Alle widersprechenden früheren Verordnungen und Beschlüsse sind auf diesen Zeitpunkt aufgehoben.

Was ist das Problem dieser Bestimmung? Was wäre zu verbessern?

- 2) Überfliegen Sie das Urteil AN.2020.00003 des Zürcher Verwaltungsgerichts vom 23. Juli 2020 (**siehe dazu das Urteil in den Unterlagen bzw. Downloadordner**).

Reflektieren Sie die Aussagen des Verwaltungsgerichts zur Wichtigkeit der Entschädigung der Kantonsräte kritisch.

- 3) Bei der Revision des deutschen Infektionsschutzgesetzes wird diskutiert, ob die Verordnungsgebung der Regierung beim Erlass mit einer qualifizierten Begründung (ähnlich wie eine Botschaft) versehen werden soll. Prüfen Sie diesen Vorschlag für die Schweiz.

Welche Vor- und Nachteile hätte, es wenn der Bundesrat jede Verordnung (Notverordnungen und andere, nicht Verwaltungsverordnungen) mit einer offiziellen Begründung versehen müsste?

- 4) Im Bundesgesetz über den Konsumkredit vom 23. März 2001 (KKG) ist zu lesen:

Art. 36a Aggressive Werbung

<sup>1</sup> Für Konsumkredite darf nicht in aggressiver Weise geworben werden.

<sup>2</sup> Die gewerbsmässig tätigen Kreditgeberinnen umschreiben in einer privatrechtlichen Vereinbarung in angemessener Weise, welche Werbung als aggressiv gilt.

<sup>3</sup> Der Bundesrat regelt, welche Werbung als aggressiv gilt, wenn innert angemessener Frist keine Vereinbarung zustande gekommen ist, oder wenn er diese Vereinbarung für ungenügend erachtet.

Art. 36b Strafbestimmung

Wer vorsätzlich gegen das Verbot der aggressiven Werbung verstösst, wird mit Busse bis zu 100 000 Franken bestraft.

Charakterisieren Sie die Form der Selbstregulierung in den beiden Bestimmungen und nehmen Sie dazu Stellung.

- 5) Das Bundesgericht behandelt in einem Urteil vom 25. März 2020, 2C-664/2016, die Verfassungsmässigkeit einer neuen Abgabe auf Parkplätzen (mehr als 50), die zu einer Verminderung des Verkehrs und damit auch zur Verbesserung der Luftqualität führen soll. In E. 5.5 wird folgendes festgehalten:

«Il fatto che il legislatore cantonale abbia introdotto nella legge l'obbligo di analizzare, dopo un periodo di prova, l'efficacia della tassa di collegamento, oltre ad essere la dimostrazione che questi era consapevole dei problemi concernenti il rispetto delle garanzie costituzionali, permette in concreto di ritenerla ammissibile e quindi di tutelare la normativa impugnata. In effetti, la valutazione che verrà effettuata permetterà di controllare l'efficacia e la conformità della tassa con riferimento agli obiettivi perseguiti e di adottare, se del caso, i necessari correttivi. Si richiama tuttavia l'attenzione del Governo cantonale sul fatto che gli obiettivi perseguiti dovranno essere raggiunti, in mancanza di che la tassa, rivelatasi inutile e vana, si esaurirà in un aggravio finanziario lesivo del principio della parità di trattamento. Ne discende che, per quanto concerne la lamentata violazione del principio della parità di trattamento, il ricorso si rivela infondato e come tale va respinto.»

[sinngemässe deutsche Übersetzung]

Die Tatsache, dass der kantonale Gesetzgeber die Verpflichtung eingeführt hat, die Wirksamkeit der Anschlussgebühr nach einer Probezeit zu analysieren und nachzuweisen, dass er sich der Probleme bezüglich der Einhaltung verfassungsrechtlicher Garantien bewusst war, erlaubt es, die angefochtene Gesetzgebung für zulässig zu halten und damit zu schützen. In der Tat wird die durchzuführende Bewertung es ermöglichen, die Wirksamkeit sowie die mit der Gebühr verfolgten Ziele zu überprüfen und gegebenenfalls die erforderlichen Korrekturen vorzunehmen. Die Kantonsregierung wird jedoch darauf aufmerksam gemacht, dass die verfolgten Ziele erreicht werden müssen. Werden sie nicht erreicht, würde sich die Gebühr als nutz- und zwecklos herausstellen und damit zu einer finanziellen Belastung führen, die dem Gleichbehandlungsgrundsatz abträglich wäre. Daraus folgt, dass die Berufung im Hinblick auf den angeblichen Verstoss gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz unbegründet ist und als solche zurückgewiesen werden muss.

Ordnen Sie diese Aussage des Gerichts in die Grundfragen und die Dogmatik der Rechtsetzungslehre ein.